

Gorleben Rundschau

Wir sind die Wenden: Energie • Klima • Mobilität • Gesellschaft

VII-IX/2022 • # 1085



Hochaktiv

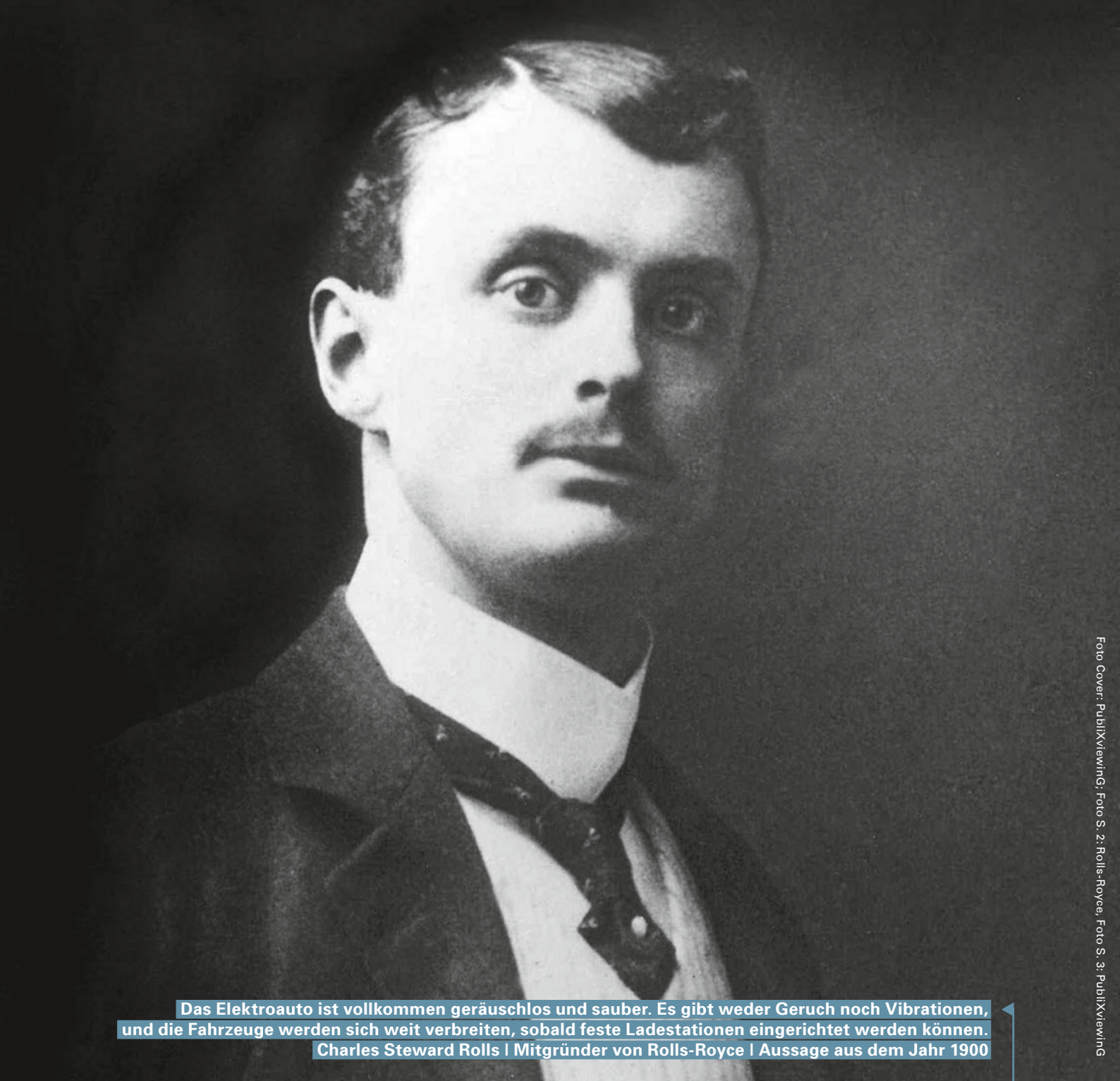
Ein Lager für hochradioaktiven Atommüll ist noch nicht gefunden. Und auch wenn dort noch 113 Castorbehälter überirdisch lagern: In Gorleben wird das so genannte Endlager nicht sein.

Mittelaktiv

Im „Weltatomerbe Braunschweiger Land“ versucht die AG Schacht KONRAD, den Planfeststellungsbeschluss für das Lager für schwach- und mittelaktive Abfälle zu Fall zu bringen.

Hyperaktiv

Auch nach dem Aus! für den Salzstock in Gorleben bleibt die Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg bei Endlagersuche und Atomkraftnutzung wachsam, laut und kritisch!



Das Elektroauto ist vollkommen geräuschlos und sauber. Es gibt weder Geruch noch Vibrationen, und die Fahrzeuge werden sich weit verbreiten, sobald feste Ladestationen eingerichtet werden können.
Charles Steward Rolls | Mitgründer von Rolls-Royce | Aussage aus dem Jahr 1900

Impressum

44. Jahrgang

Ausgabe 1085

Juli, August, September 2022

Die Gorleben Rundschau ist ein kostenloses Informationsblatt der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e. V.

Kontakt

Rosenstraße 20, 29439 Lüchow
Telefon: 05841-4684

Mail und Internet

service@gorleben-rundschau.de
redaktion@gorleben-rundschau.de
www.gorleben-rundschau.de

Ältere Ausgaben

Ältere Ausgaben können von unserer Website heruntergeladen werden.

Verantwortlich (V.i.S.d.P.)

Andreas Conradt (ac)
Torsten Koopmann (kp)

Redaktion

Wolfgang Ehmke (we), Birgit Huneke (bh),
Wilma Wallat (ww), Reimar Paul, Bernd
Weidmann

Produktion

Layout: Andreas Conradt (S. 1-3 u. 18-24)
und Christine Rölke (S. 4-17)
Korrektorat: Wilma Wallat

Druck, Papier, Farben

dieUmwelt Druckerei GmbH, Hannover
Recyclingpapier: Circle Offset Premium White
Farbe: Flint-Novavit F 900 EXTREME BIO



Weitere Text- und Bildrechte

wie namentlich gekennzeichnet

Copyright, Syndication



Mit dem nebenstehenden Symbol gekennzeichnete Artikel stehen unter einer Creative-Commons-Lizenz (CC). Sie dürfen bei Nennung des/der Autor/-in mit dem Zusatz „/Gorleben Rundschau“ frei verwendet (BY) und für unkommerzielle Zwecke (NC) unter gleichen Bedingungen weitergegeben werden (SA). Die Texte können unserer Website digital entnommen werden.

ACHTUNG: Bildrechte liegen bei den angegebenen Quellen.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben allein die Meinungen der Verfasserinnen und Verfasser wieder.

Urheber von Abbildungen, deren Quelle wir nicht ermitteln konnten, bitten wir freundlich um Kontaktaufnahme unter: redaktion@gorleben-rundschau.de



Martin Donat ist erster Vorsitzender der Bürgerinitiative Lüchow-Dannenberg

Recht hat Olaf Scholz, wenn er die AfD im Bundestag wegen ihrer populistischen Äußerungen zum Ukraine-Krieg und zu Nordstream 2 „nicht nur eine rechtspopulistische Partei, sondern auch die Partei Russlands“ bezeichnet (obwohl „Partei Putins“ sicherlich weitaus treffender gewesen wäre). Was der Kanzler dabei geflissentlich übersieht: Diejenigen, die den nuklear-fossilen Kleptokraten dieser Welt ihr schmutziges Geschäft retten wollen, hat er längst im eigenen Bett.

In einem absurden Minderheitenvotum hatte das Europaparlament in der ersten Juliwoche Investitionen in Erdgas als ebenso „ökologisch nachhaltig“ eingestuft, wie Investitionen in Atomenergie – das eine ein peinliches Zugeständnis an das fossile Deutschland, das andere an das nukleare Frankreich. Der ganze Sinn einer erneuerbaren, europäischen Taxonomie fiel damit wie ein Kartenhaus in sich zusammen.

Ermuntert von diesem Coup werden aktuell auch die konservativen und neoliberalen Rufe nach „Laufzeitverlängerung“ (der Atomkraftwerke) wieder laut. Zur Erinnerung: Wir sprächen hier vom Ausstieg aus dem Ausstieg... (Kommen Sie noch mit?) Beim Beschluss zum Ausbau erneuerbarer Energien blieb die FDP gerade noch im Boot der Ampel-Koalition. Aber jetzt packt BlackRock-Aufsichtsrat Friedrich Merz wieder massiv die alte Mär von der „Brückentechnologie“ Atom aus. Die grüne Bun-

destagsabgeordnete Julia Verlinden nennt das zwar treffend eine „Phantomdebatte“, denn selbst die Betreiber winken das absurde Ansinnen aus Sicherheitsgründen ab. Außerdem hilft Deutschland gerade Frankreich massiv mit erneuerbarem Strom aus, weil dort die stets unzuverlässigen Atommeiler heruntergefahren werden müssen. Und zu guter Letzt braucht es auch für Atomkraftwerke Brennstoff, und dieser kommt bei deutschen Atomkraftwerken: natürlich hauptsächlich aus Russland und von seinem Verbündeten Kasachstan.

Auch Uran von anderswo auf dem Weltmarkt würde die Preisspirale nur nach oben und damit alle Sanktionen hintertreiben. Südkorea geht gerade auf diese Leimrute, und selbst in Japan soll angeblich der Widerstand gegen AKW schwinden – der Weltmarktführer für Uran lacht sich ins Fäustchen. Herr Merz weiß diese Hintergründe natürlich. Auf einschlägigen Aktionärsseiten wird einem jedoch aktuell ein Uran-Boom untergejubelt. Dabei ist der Schwellenpreis zur Exploration neuer Uranminen glücklicherweise trotz rasantem Anstieg noch lange nicht erreicht. Aber wie es in der Marktwirtschaft ethisch entgrenzte Spekulationen auf Hunger, Krieg, Katastrophen, Rohstoffe, Energie und auf Wohnraum gibt, finden eben auch Wetten auf Waffen, Uran und Atomkraft statt.

Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg treibt die Energiepreise nach oben – unwidersprochen. Aber wissenschaftliche Analysen sagen auch: Spekulationen auf Energie treiben die gesellschaftlichen und geopolitischen Krisen an und sind ursächlich für Kriege in unserer Welt. Öl, Kohle, Gas und Uran sind Rohstoffe, für deren Ausbeutung es multinationaler Konzerne und geopolitischer Abkommen bedarf. Sonne, Wind und Biomasse sind dagegen zutiefst demokratische Energieträger.

Wir als Gesellschaft hätten diesen Schritt in eine nachhaltige Zukunft schon 1980 mit der „Republik Freies Wendland“ oder der Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergie-Politik“ tun können. Es wäre uns sehr viel erspart geblieben. Wer vierzig Jahre später aber noch mit denselben fossil-nuklearen Konzepten daherkommt, den kann man nur noch unter die „Ewiggestrigen“ zählen...

Auf Sonne, Wind und Wegen ...!





Gorleben raus – Atomkraft aus!

Von Reimar Paul

Es war die letzte kulturelle Widerstandspartie: Unter dem Motto „Gorleben raus – Atomkraft aus“ feierten am 3. Juni rund 10.000 Menschen das Ausscheiden des Gorlebener Salzstocks bei der Endlagersuche und die bevorstehende Abschaltung der letzten noch betriebenen Atomkraftwerke.

Dutzende Bands spielten auf drei Bühnen, Landwirte der Bäuerlichen Notgemeinschaft boten Treckerfahrten zur 1980 besetzten Bohrstelle „1004“ an, es gab Theateraufführungen, Mitmachaktionen, das traditionelle Gorlebener Gebet und eine große bunte Demonstration.

„Hunderttausende Atomkraftgegner:innen haben über Jahrzehnte Geschichte geschrieben und am Ende gemeinsam gewonnen“, resümierte die Bürgerinitiative (BI) Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: „Unser hartnäckiger und vielseitiger Protest hat nicht nur viele Dutzend AKW, die geplanten Wiederaufarbeitungsanlagen und ein Atommüll-Lager im maroden Salzstock Gorleben verhindert. Wir haben alle gemein-

sam auch das Abschalten der AKW in Deutschland erzwungen.“

Zugleich sei es die Anti-Atom-Bewegung gewesen, die den weltweiten Siegeszug der erneuerbaren Energien mit losgetreten und erst möglich gemacht hat.

„Ab morgen kümmern wir uns dann wieder um die zahlreichen verbliebenen Atom-Probleme, vor allem um den Atommüll, die Endlager-

suche und die Zwischenlagerung“, so die BI weiter. Nicht zuletzt deshalb führte die Demo auch direkt vor die Tore der beiden Zwischenlager in Gorleben.

Mit dieser Beilage im Buch „Atomkraft – nein danke!“ und in der „Gorleben Rundschau“ dokumentieren wir in Bild und Wort die letzte Widerstandspartie.



„Trotz aller Erfolge heißt es, einen kühlen Kopf zu bewahren“



Rede von Wolfgang Ehmke, Bürgerinitiative
Umweltschutz Lüchow-Dannenberg

Ende des Jahres sollen die letzten drei Atomkraftwerke in Linde, Neckarwestheim und Ohu vom Netz gehen. Im September 2020 flog der Salzstock Gorleben-Rambow im ersten Vergleichsschritt bei der Endlagersuche heraus. Jetzt soll das Bergwerk wieder verfüllt werden.

Was für ein Erfolg für die Anti-Atom-Bewegung in Deutschland, seit es 1973 die ersten Proteste im badischen Wyhl gegeben hat. Brokdorf, Grohnde, Kalkar, Gorleben und Wackersdorf stehen für die markanten, großen Konfliktlinien, doch das solidarische Zusammenspiel von regionalem und überregionalem Protest und die internationale Vernetzung war ihr Markenzeichen.

Zweifelsohne mutierte das Wendland ab Mitte der 90er Jahre zum Epizentrum der Bewegung: Die Castortransporte boten den Angriffspunkt, die Forderungen wurden gebündelt: Es ging nie allein um die Transportgefahren, es ging immer um den Sofortausstieg, im Gegenzug um den Ausbau der Regenerativen.

Und es ging – solidarisch – darum, den ungeeigneten Salzstock als Endlager zu verhindern. Geschafft!

Was bleibt, ist das Bemühen einschlägiger Kreise in der EU, die Atomkraft grün zu spülen. Dahinter steht die Absicht, Kapitalströme in den weiteren Ausbau von unrentablen Atomkraftwerken zu lenken. Sogar der Krieg in der Ukraine wird benutzt, um für einen Streckbe-

trieb zu werben, so als würden die Atomkraftwerke in Form von Kraft-Wärme-Koppelung auch Heizungs-wärme produzieren.

Schlagartig wird hingegen klar, dass Atomanlagen im Kriegsfall Angriffsziele sein können, da nützen auch papierne Erklärungen der internationalen Atombehörde IAEA nichts. Nicht zu vergessen: Die Atomkraftwerke nutzen Uran aus Krisen-



gebieten und aus Schurkenstaaten wie Kasachstan. Uranabbau heißt entweder Unterstützung für Despoten oder Ausbeutung à la Afrika.

Was bleibt, sind die Atomanlagen in Gronau und Lingen: die Urananreicherungsanlage und die Brennelementefabrik. Sie versorgen Atomanlagen in anderen europäischen Ländern. Der Atomausstieg ist erst komplett, wenn diese Atomfabriken ebenfalls stillgelegt sind. Da machen wir mit, solidarisch.

Und was bleibt, ist der Müll. Die Endlagersuche wurde neu gestartet, mit einem Kardinalfehler: Statt auf das zweite überkommene Müllprojekt, den Schacht Konrad bei Salzgitter, ebenfalls zu verzichten, klammert sich die Politik an die Nachnutzung der ehemaligen Erzgrube für die Lagerung schwach- und mittelaktiver Abfälle. Niemand würde heute ernsthaft die Nachnutzung ausgedienter Gruben als Atommülldeponie vorschlagen, das Desaster in Morsleben und der Asse II als Folge der Lagerung von Müll in ehemaligen Salzbergwerken spricht Bände.

Bis 2050 soll nun ein Endlager in Betrieb sein. Das Timing ist unglaublich, das wird dauern. Und die Zwischenlager, in denen dann bundesweit 1.900 Castorbehälter mit hochradioaktivem Müll stehen, kommen in die Jahre. In Gorleben läuft die Betriebs-erlaubnis bereits 2034 aus, im baugleichen Lager in Ahaus zwei Jahre später. Diese Lager haben Alterungsprobleme und sie haben den Sicherheitsanforderungen nie wirklich genügt. Stichwort 9/11, Islamischer Staat, russischer Überfall auf die Ukraine – derartige Bedrohungen wurden beim Bau der Zwischenlager nicht bedacht. So geht es nicht.

Ohne uns wird es also nicht gehen: Weder bei einer solidarischen Endlagersuche noch bei dem Zwischenlager-Gemurkse. Poliert das gelbe X und unterstützt die BI – durch eine Spende oder die Mitgliedschaft.



Die Bürgerinitiative (BI) entstand 1972, um ein in Langendorf an der Elbe geplantes AKW zu verhindern. Nach der Benennung von Gorleben als Standort eines „Nuklearen Entsorgungszentrums“ kämpfte die BI vor allem gegen den Bau einer Wiederaufarbeitungsanlage, eines atomaren Endlagers und gegen Atommülltransporte ins Wendland. Seit 1977 ist die BI ein eingetragener Verein. Sie hat mehr als 1.000 Mitglieder.







„Wir schreiben Geschichte“

Rede von Birgit Huneke, Gorleben Archiv

Hallo, ich bin Birgit Huneke. Die meisten kennen mich aus meiner aktiven Zeit in der BI, andere wissen vielleicht, dass ich seit einigen Jahren das Gorleben Archiv leite.

Archiv, das klingt erst mal ziemlich verstaubt und langweilig, ist tatsächlich aber total spannend. Schließlich geht es um unsere gemeinsame Geschichte.

Stellt euch mal vor:
Über 5.000 Stunden Videomaterial.
Knapp 100.000 Fotos.
Über 600 Plakate.
Bücher.

Unzählige Dokumente.
Und natürlich harte Fakten aus über 45 Jahren Protestgeschichte um die Atomanlagen hier in Gorleben.

Das alles ist gesichert und verwahrt im Gorleben-Archiv in Lüchow. Vielleicht fragt Ihr euch: Wozu soll so ein Archiv gut sein?

Erstens zur BEWEIS-Sicherung! Das Material aus 45 Jahren Widerstand dokumentiert schließlich all die Winkelzüge, Lügen und Machenschaften, mit denen die Politik und

die Industrie uns getäuscht haben. Das gehört in das Gedächtnis aller!

Zum anderen sind die gesammelten Plakate, Flugblätter, Fotos, Filme, Radio- und Zeitungsberichte beeindruckende Zeugnisse von dem Mut, der jahrzehntelangen Ausdauer und der scheinbar unbegrenzten Fantasie und Kreativität, mit der die Menschen auf die atomare Bedrohung reagiert haben. Auch das gehört in das Gedächtnis dieses Landes.

Es sind unsere Biografien, die die Geschichte dieser Region, dieses Landes und darüber hinaus verändert haben. Es kam und kommt auf jede und jeden Einzelnen an.

Heute, hier auf dem Platz, sind Euch sicher schon Informationen über das Gorleben Archiv begegnet. Aktuell geht es darum, die laufende Arbeit und den Fortbestand des Archivs durch Fördermitgliedschaften zu sichern.

Fakt ist: der Gorleben-Widerstand hat mit seiner Kraft und seinen Ideen Maßstäbe gesetzt! Die Zeugnisse dieses Kampfes, nicht

zuletzt auch das handwerkliche Know-How – ihr wisst schon, was ich meine –, all das darf nicht verloren gehen.

Das ist Wissen, das unsere eigene Zukunft sichern hilft und für andere Menschen und Regionen Modell sein kann. Vor allem: Es muss an folgende Generationen weitergegeben werden.

Gorleben ist auch deine Geschichte!

Und du kannst durch eine Fördermitgliedschaft – zum Beispiel mit 5 Euro pro Monat – mithelfen, die Existenz des Archivs und die laufende Arbeit zu sichern.

Es ist unser aller Geschichte. Schreiben wir weiterhin Geschichte!





Das 2001 gegründete Gorleben Archiv e.V. sammelt, sichtet und archiviert das historisch bedeutsame Material über die Geschichte des Atomstandortes Gorleben in Wort, Schrift, Bild, Foto und Film. Anliegen des gemeinnützigen Vereins ist es, die vorhandene Wissen über einen der großen gesellschaftlichen Konflikte der Nachkriegszeit möglichst umfassend zu sichern und für die Öffentlichkeit und die Wissenschaft zugänglich zu machen. Das Archiv steht allen Interessierten offen. Gorleben Archiv, Rosenstraße 17, 29439 Lüchow. Tel. 05841 9715845. Eine Mitgliedschaft kostet 60 Euro im Jahr.





„Mein ganzes Leben war geprägt vom Widerstand“



Rede von Fried Graf von Bernstorff

Mein ganzes Leben, sowie wahrscheinlich das von den meisten von Euch, war geprägt durch den Widerstand gegen ein Endlager in Gorleben und gegen Atomkraft generell.

Wir haben es tatsächlich geschafft: In Gorleben wird kein Endlager entstehen!

Darauf können wir uns was einbilden. Wir sind Teil der größten Widerstandsbewegung Deutschlands.

Nun lasst uns nach vorne gucken!

Ich wünsche mir, dass wir diesen Zusammenhalt und diese Kraft nutzen um für eine lebenswerte Zukunft zu kämpfen.

Eine Zukunft ohne Atom, Kohle und Gas! Eine Zukunft mit erneuerbaren Energien! Jetzt lasst uns mit „Hundreds“ feiern, die auch aus dem Wendland kommen.

Vielen Dank!



Die Familie von Bernstorff mit Sitz in Gartow war von Beginn an im Widerstand gegen die Gorlebener Atomanlagen aktiv. Unter anderem weigerte sie sich Land zu verkaufen, das die Deutsche Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) zur Erkundung des Gorlebener Salzstocks benötigte.



2 Fotos: Günter Zint



Foto: Günther Menn / Greenpeace

Kleine Gorleben-Chronik

Von Wolfgang Ehmke und Reimar Paul

22.2.1977: Gorleben wird als Standort für ein „Nukleares Entsorgungszentrum“ benannt.

12.3.1977: Erste Großkundgebung mit 20.000 Teilnehmer:innen.

25.–31.3.1979: Treck nach Hannover. 100.000 Menschen empfangen den Konvoi.

3.5.1980: Besetzung der Bohrstelle 1004, die „Republik Freies Wendland“ wird ausgerufen.

4.6.1980: Gewaltsame Räumung des Hüttendorfes.

27.1.1982: Besetzung eines Zipfels DDR als Protest gegen den Baubeginn des Zwischenlagers.

4.9.1982: Tanz auf dem Vulkan. Großkundgebung am Bauplatz des Zwischenlagers mit 10.000 Menschen.

20.2.1983: Proteste gegen die WAA-Pläne in Dragahn: 300 Traktoren, 2.500 Demonstrierende.

29.3.1984: 12.000 bilden eine Menschenkette von Hitzacker bis Clenze.

30.4.1984: Wendlandblockade mit 5.000 Aktivist:innen.

8.10.1984: Blockadeaktionen begleiten den ersten Atommülltransport vom AKW Stande nach Gorleben.

4.2.1985: Die Deutschen Gesellschaft zur Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen zieht ihre WAA-Pläne für Dragahn zurück.

8./9.5.1986: 5.000 beim Endlager-spektakel.

5.3.1988: Demo gegen die Blähfässer im Zwischenlager aus dem belgischen Mol mit 8.000 Menschen.

28.5.1988 Der „Kreuzweg“ aus Wackersdorf erreicht Gorleben.

1.2.1990: Platzbesetzung und Hüttendorf gegen den Bau einer Pilot-Konditionierungsanlage in Gorleben.

3.2.1990: Erste gemeinsame Demo mit Aktivist:innen aus der DDR gegen die Pilotkonditionierungsanlage.

24./25.4.1995: Erster von insgesamt 13 Castortransporten nach Gorleben.

6.4.1996: 3.000 beim „Frühjahrsputz“ im Wendland.

2.3.1997: 600 geschmückte Trecker rollen bei der „Stunkparade“ mit.

13.11.1999: Gorleben-Treck nach Berlin mit 150 Traktoren und 6.000 Demonstrant:innen.

12.–14.11.2002: erstmals erreicht ein „dreckiges Dutzend“, ein Konvoi aus zwölf Castoren, das Zwischenlager.

5.9.2009: 200 Traktoren aus dem Wendland rollen bei der Großdemo in Berlin mit.

6.–9.11.2010: Gorleben-Protst XXL: 50.000 Menschen, darunter Landwirte mit 600 Treckern, kommen zur größten Demo aller Zeiten im Wendland.

27.11.2011: 13. und letzter Castortransport nach Gorleben. Die Fuhre wird so lange aufgehalten wie keine davor.

5.7.2013: Der Bundestag verabschiedet das neue Endlagersuchgesetz.

28.9.2020: Der Salzstock Gorleben scheidet aus geologischen Gründen aus dem Endlagersuchverfahren aus.

3.6.2022: Bestätigung bei der Widerstandspartie in Gorleben: Das Bergwerk wird zugeschüttet.



„Es ist noch nicht vorbei“

Von Marianne Neugebauer,
Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad.
Der Text basiert auf ihrer Rede in Gorleben

Wir haben gemeinsam gekämpft gegen ein Endlager in Gorleben. Im September 2020 war es dann so weit: Gorleben war raus. Ich erinnere mich genau – auf dem Weg zu einer Aktion am Schacht Konrad kam die Nachricht. Es war klasse, mit den Teilnehmern dort die freudige Nachricht teilen zu können.

Aber es ist noch nicht vorbei, insbesondere nicht im Weltatomerbe Braunschweiger Land. Wir haben es mit der Asse zu tun. Und in Salzgitter mit dem einzigen genehmigten Endlager für schwach und mittelradioaktiven Müll. 300.000 Kubikmeter sollen rein in ein Bergwerk, das alt, marode und ungeeignet ist.

Der Planfeststellungsbeschluss ist 20 Jahre alt. Was gebaut wird, ist nicht das, was genehmigt wurde. Konrad entsprach

damals nicht und erst recht heute nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik.

Deshalb haben wir 2021 den Antrag auf Widerruf des Planfeststellungsbeschlusses beim Niedersächsischen Umweltministerium eingereicht. Dort wird jetzt geprüft, heißt es. Wir fordern den sofortigen



Baustopp. Im Mai haben wir mit 500 Menschen den Schacht umzingelt und ein deutliches Zeichen gesetzt: Unser Protest muss und wird weitergehen.

In Niedersachsen finden im Herbst Landtagswahlen statt. Da wollen wir Druck machen bei den Parteien: Wie haltet es Ihr mit Konrad? Im Herbst jährt sich die Schlacht am Schacht zum 40. Mal. Auch da werden wir zeigen: Der Planfeststellungsbeschluss wackelt. Bringen wir ihn gemeinsam zum Kippen.

Konrad – GAMEOVER! Aus für Konrad! Gorleben lebt. Unsere Region soll auch leben. Mit Eurer Unterstützung schaffen wir das. Wir sehen wieder am Schacht!

Die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad ist die Dachorganisation der Initiativen, Organisationen, Verbände und Kommunen, die gegen den Bau des Endlagers kämpfen.





ein U für ein X

Eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke in Deutschland ist vom Tisch. Doch die Entscheidung der EU, Investitionen in Atomkraft und Gasverstromung als nachhaltige Geldanlagen zu klassifizieren, gefährdet die Klimaziele weltweit. Ein Kommentar von Wolfgang Ehmke

Die Debatte um die weitere Nutzung der Atomkraft reißt nicht ab. Dass dabei die Grünen die Forderungen nach einer Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke als „Phantomdebatte“ zurückweisen, ist wenig überraschend. „Die Bundesregierung hat längst geprüft, welche Energiealternativen zur Verfügung stehen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Julia Verlinden, den Zeitungen der Mediengruppe Bayern Anfang Juli. „Eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke gehört nicht dazu.“ Unterstützung erhält Verlinden aus unerwarteter Ecke: Die Ablehnung ei-

nes Wiedereinstiegs durch BDI-Präsident Siegfried Russwurm folgt weniger einer ökologischen denn einer marktwirtschaftlichen Logik. Denn was oft übersehen wird, ist der tatsächliche Schlussstrich unter den doppelten Atom-Salto Mortale, der 2021 mit der 18. Änderung des Atomgesetzes gezogen wurde. Die Energiekonzerne hatten Entschädigungsansprüche geltend gemacht, weil der rasche Atomausstieg rechtlich gesehen einem Parforce-Ritt gleichkam und erkennbar handwerkliche Fehler gemacht wurden. Das Bundesverfassungsgericht bejahte zwar den Atomausstieg, zugleich aber auch

notwendige Ausgleichszahlungen. Der entscheidende Punkt: Die Novelle des Atomgesetzes regelt die Ausgleichsansprüche der Konzerne. Die Bundesrepublik Deutschland zahlt demnach für „unverwertbare Elektrizitätsmengen“ und „entwertete Investitionen“ für die 2010 in Aussicht gestellte Laufzeitverlängerung einen Ausgleich in Höhe von insgesamt etwa 2,428 Milliarden Euro. Im Einzelnen erhalten Vattenfall 1,425 Milliarden Euro, RWE 880 Millionen, EnBW 80 und E.ON/PreussenElektra 42,5 Millionen Euro. Den Berechnungen liegen die einst unter der rot-grünen Bundesregierung ausgehandelten Restlaufzeiten zugrunde.

Dieses fest verschnürte Paket möchte niemand wieder aufdröseln, weil es eine Kettenreaktion an Entschädigungsansprüchen auslösen würde. Aus finanziellen Gründen die einen, aus ökologischen Gründen die anderen, haben darum die Mitglieder von SPD, Grünen, FDP und der Linken sich in namentlicher Abstimmung gegen den Antrag der CDU/CSU-Fraktion gestellt, mit Blick auf Energieengpässe als Folge des Ukraine-Krieges die Atomkraftwerke weiter laufen zu lassen. Nun ist zumindest für die AKW der Deckel drauf. Und die Union sollte erkennen: Wer für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke plädiert, öffnet auch wieder die Büchse der Pandora. Nicht nur finanziell, sondern in jeder Hinsicht!

Aber, ach: Das alles gilt nur für Deutschland! Denn das Europäische Parlament hat in der ersten Juli-Woche den Weg freigemacht, Investitionen in Erdgas und Atomkraft unter bestimmten Bedingungen als „nachhaltig“ einzustufen. Es wies den Einspruch gegen die Verordnung der EU-Kommission zur sogenannten Taxonomie zurück. Lachender Dritter ist nun Wladimir Putin, denn

wenn man Gas- und Atomprojekte als nachhaltig klassifiziert, können vermeintlich grüne Investitionen auch in die russische Staatskasse fließen und so den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mitfinanzieren. Neben Gas liefert Russland auch Turbinen, baut Atomkraftwerke und versorgt mit Brennelementen AKW in Bulgarien, in der Tschechischen Republik, Finnland, Ungarn und in der Slowakei.

So ist die Entscheidung aus Brüssel kurzsichtig. Man hätte schon vor dem Krieg mit Fug und Recht behaupten können, dass Gasenergie nichts mit Klimaschutz zu tun hat. Karotten aus herkömmlichem Landbau verdienen schließlich auch kein Ökosiegel, nur weil sie in einer Pappschachtel verpackt sind.

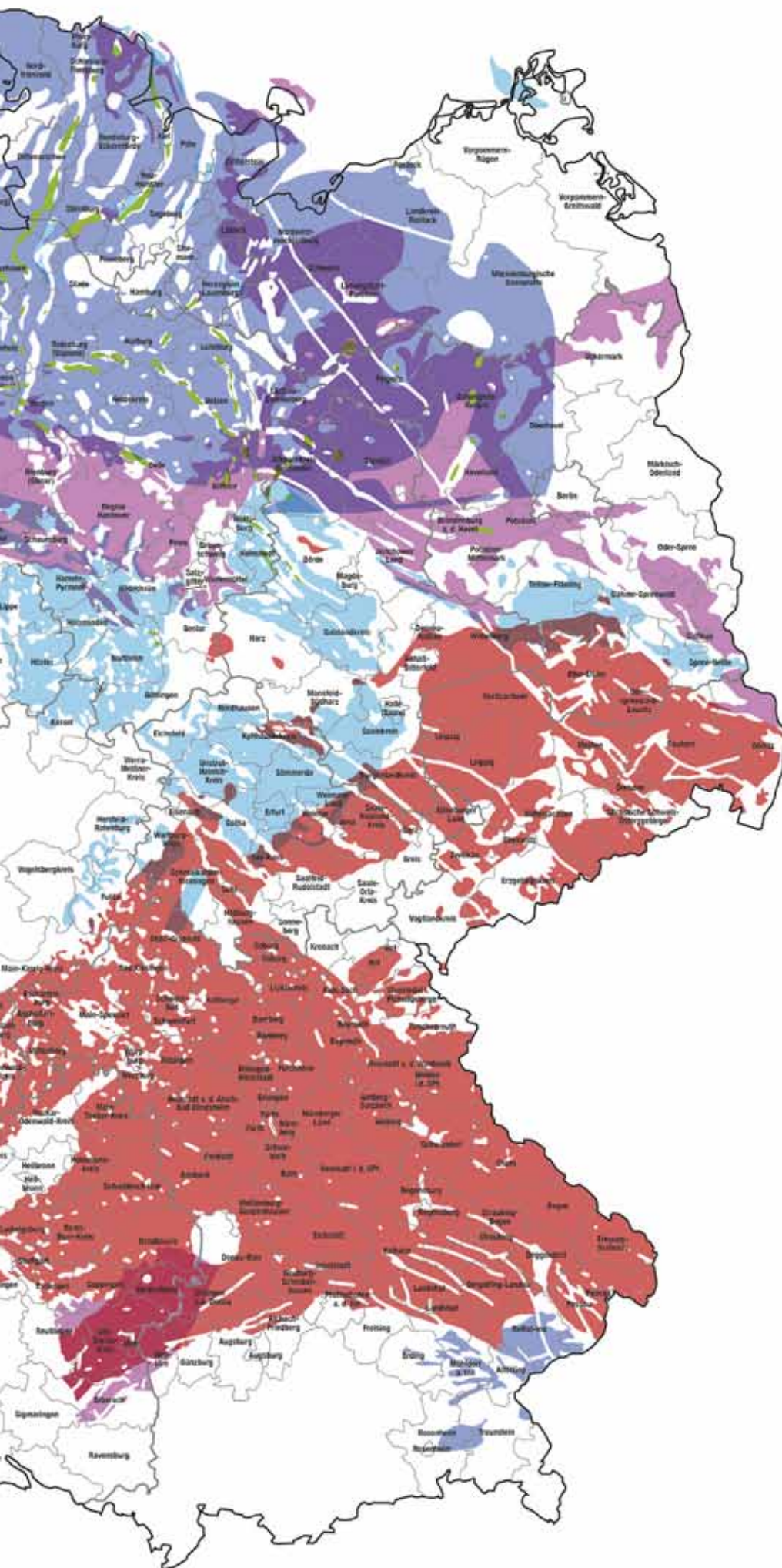
Doch seit dem 24. Februar gibt es ein zusätzliches Argument dagegen. Der Kriegstreiber in Moskau darf nicht über den Umweg der Taxonomie belohnt werden. Das ist auch angesichts von sechs Sanktionspaketen einfach falsch. Und es kommt noch eine Dimension hinzu, die aus der Taxonomie-Entscheidung des Europaparlaments einen schwerwiegenden Fehler macht. Die EU möchte weltweites Vorbild im Kampf gegen die Erderwärmung sein. Der Rest der Welt soll es den Europäern nachmachen, damit der Klimawandel nicht ganz so dramatische Folgen hat wie befürchtet. So ist es nun an der Bundesregierung, sich der Klage gegen die EU-Taxonomie anzuschließen, die von Österreich und anderen Ländern vorbereitet wurde. Doch egal, wie die Klage beschieden wird, von der Entscheidung des Europaparlaments geht ein irreparables Signal aus: Warum eigentlich sollen es China, Indien, Indonesien, die USA, Brasilien, Südafrika anders machen als die Europäer, die sich als Etikettenschwindler erweisen? Einen Grund gibt es dafür nicht mehr.

Greenpeace kündigt Klage an

Nachdem das EU-Parlament den umstrittenen Vorschlag der EU-Kommission nicht verhindern konnte, Gas und Atomenergie als klimafreundlich einzustufen, kündigt Greenpeace eine Klage gegen den Beschluss an. Zuvor wird Greenpeace Deutschland gemeinsam mit mehreren europäischen Büros der Umweltschutzorganisation die EU-Kommission darauf hinweisen, dass ihr Beschluss gegen Unionsrecht verstößt: Erdgas und Atomenergie ökologisch nachhaltig zu nennen, ist mit der Taxonomie-Verordnung nicht zu vereinbaren. Sollte die Kommission den Beschluss darauf hin nicht ändern oder zurückziehen, wird Greenpeace vor dem Europäischen Gerichtshof dagegen klagen. „Die EU darf Investoren nicht absichtlich im Dunkeln lassen, wo sie ihr Geld klimafreundlich und zukunftstauglich einsetzen können“, sagt Greenpeace Finanzexperte Mauricio Vargas. „Wer Gas und Atom nachhaltig nennt, stürzt die Finanzakteure in Orientierungslosigkeit, die zu windigen Angeboten einlädt und Klimaschutz untergräbt. Beides wollen wir mit der Klage verhindern.“

Belegbare Nachhaltigkeitskriterien werden für Investoren immer wichtiger, wie Erhebungen zeigen. Solange die EU nicht eindeutig unterscheidet zwischen klimaschädlichen und nachhaltigen Investitionen, müssen Finanzinstitute diese Aufgabe übernehmen. Mit Frankfurt als größtem Finanzplatz der EU käme Deutschland dabei eine besondere Bedeutung zu. Der Betrugsskandal um falsch deklarierte Nachhaltigkeitsanlagen bei der Deutsche Bank Tochter DWS zeigt, dass die Branche dieser Verantwortung bislang nicht gerecht wird. Nur wenn die EU-Kommission ihren Beschluss zurückzieht, kann der Finanzsektor die dringend erforderlichen Investitionen in den klimaneutralen Umbau lenken. Ohne ein grünes Finanzwesen werden die Klimaziele nicht erreicht.

„Der wachsende Wunsch in der Bevölkerung, mit Geldanlagen das Klima zu schützen, kann der Motor eines schnellen Umstiegs auf saubere erneuerbare Energien sein“, so Vargas. „Wie klar die EU ihre Richtschnur bei nachhaltigen Investitionen spannt, wird auf der ganzen Welt beobachtet. Europa darf hier nicht in die falsche Richtung weisen.“



Die Mühen der Ebene

Seit der Vorstellung des *Zwischenberichts Teilgebiete* und dem Aus für den Salzstock Gorleben läuft das Verfahren der Endlagersuche von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet. Nun hat die Bundesgesellschaft für Endlagersuche mehr Transparenz beim Absichten der Geodaten angekündigt.

Die Bühne für eine kleine Sensation stand in einem Zelt auf dem Sportplatz in Groß Pankow im brandenburgischen Landkreis Prignitz. Dort diskutierten Ende Juni Dagmar Dehmer, die Kommunikationschefin der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE), und Wolfgang Ehmke, Sprecher der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), über die nächsten Schritte bei der Endlagersuche.

Eine der spannenden Fragen an diesem Nachmittag war, wie die BGE es schaffen will, von über 50 Prozent der Landesfläche mit 90 Teilgebieten innerhalb der nächsten vier Jahre rund zehn Regionen herauszufiltern, die dann obertägig weiter auf ihre Eignung für eine Atomwülddeponie zu untersuchen wären.

Die BGE hatte im Herbst 2020 mit dem Zwischenbericht Teilgebiete die weiße Landkarte Deutsch-

lands als potenziellen Endlagerstandort auf etwa die Hälfte des Landes reduziert. Im zweiten Schritt geht es seither darum, von 90 Teilgebieten auf eine deutlich reduzierte Anzahl mit überschaubarer Fläche zu kommen. Diese so genannten Standortregionen wird die BGE am Ende der aktuell laufenden Phase I für eine über-tägige Erkundung vorschlagen. Um von 54 Prozent der Landesfläche auf 10, 20 oder 30 Standortregionen zu kommen, nutzt die BGE in diesem Schritt 2 der Phase I nach eigenen Angaben mehrere Instrumente: die repräsentativen vorläufigen Sicherheitsuntersuchungen, die geowissenschaftlichen Abwägungskriterien und unter Umständen auch planungswissenschaftliche Abwägungskriterien. Die Datenbasis ist dabei die gleiche wie in Schritt 1: Die BGE wertet auch weiterhin die Daten über den geologischen Untergrund aus, die ihr insbesondere von den staatlich geologischen Diensten in Schritt 1 zur Verfügung gestellt worden sind. Eine Erhebung eigener Daten in Form von Bohrungen oder seismischen Untersuchungen folgt erst in Phase II.

Groß Pankow liegt über einem der 60 Salzstöcke, im Teilgebiet 19, und entsprechend war der Andrang groß, das Zelt gut gefüllt. Und Lüchow-Dannenberg ist nach dem Aussortieren des Salzstocks Gorleben im Herbst 2020 mit vier Tongebieten bei der Endlagersuche ebenfalls weiterhin dabei. Kritisiert wurde von BI-Sprecher Wolfgang Ehmke, dass die BGE bisher im Wesentlichen nur auf Referenzdaten und Bücherwis-

sen zurückgegriffen habe und nicht bekannte geologische Daten beispielsweise aus seismischen Messungen und Bohrungen in ihre Suchkarte eingepflegt hat. Ehmke wollte wissen, warum die BGE beim Absichten der Geodaten nicht den Arbeitsstand fortlaufend kommuniziere, welche der Teilgebiete oder Suchgebiete in den riesigen Kristallin- und Tongebieten, herausfallen. Das schaffe Klarheit für die Betroffenen.

Dagmar Dehmer kündigte hier einen überraschenden Kurswechsel der BGE an: Das werde tatsächlich geschehen, die BGE wolle ihre Arbeitsstände öffentlich darlegen und so werde deutlich früher erkennbar, welche Teilgebiete oder Regionen bei der Endlagersuche herausfallen.

„Wir müssen nun darauf achten, dass die vorhandenen Geodaten in den vier Tongebieten, die das Wendland berühren, von der BGE berücksichtigt werden, um auch selbst Klarheit zu schaffen, was – auch ohne Gorleben – nun weiterhin auf das Wendland zukommt“, so Ehmke.

Unterstützung erwartet die BI vom Land. Umweltminister Olaf Lies (SPD) hatte zugesagt, dass Niedersachsen auch in dieser Suchphase weiterhin Geld für wissenschaftliche Gutachten der Kommunen bereitstellen wird. Ehmke: „Die BI fordert, dass auch Bürgerinitiativen Zuschüsse für wissenschaftliche Expertise anfordern können.“

Quellen
BGE
PM BI Lüchow-Dannenberg



Dagmar Dehmer



Wolfgang Ehmke

Rückbau in Gorleben nun offiziell

Das Bundesministerium für Umwelt- und Verbraucherschutz (BMUV) hat Mitte Juni den offiziellen Startschuss zur Schließung des Bergwerks Gorleben gegeben. Der Salzstock Gorleben-Rambow war am 28. September 2020 bei der Endlagersuche im ersten Vergleichsschritt herausgefallen. Das Ministerium habe nun der Bundesgesellschaft für Endlagersuche (BGE) „den konkreten Auftrag zur Schließung und Verfüllung der Schachanlage Gorleben“ erteilt, heißt es in der Erklärung des BMUV.

Das ist ein gewichtiger Meilenstein der Gorleben-Geschichte“, schreibt die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI), „auf den offiziellen Beschluss haben wir lange gewartet.“ Immerhin kostete die Offenhaltung jährlich zwischen 14 und 16 Millionen Euro. „Und solange der Bergwerksbetrieb andauerte, war die Befürchtung im Raum, dass der alte Standort bei einem schwierigen Verlauf der Endlagersuche doch wieder aus dem Hut hätte gezaubert werden können“, so BI-Sprecher Wolfgang Ehmke.

Die BI wünscht sich nun für den Rückbau Transparenz. Die BGE, so die Idee, solle vor Ort über die geplanten Rückbauschritte informieren. Und nach der Widerstandspartie über Tage, zu der kurz vor Pfingsten 10 000 Menschen kamen, um den Erfolg gebührend zu feiern, sollte auch im Untergrund zum Abschluss ein kleines Fest stattfinden.

Ehmke: „Uns schwebt ein kleines Konzert oder eine Klanginstallation im Bergwerk vor.“ Das Bergwerk war bereits einmal während der Moratoriumszeit zu Beginn des Jahrtausends ein Präsentationsort: Ausgestellt wurde der Aktionszyklus „Stille Tage in Gorleben“ von HA Schult, der 2004 mit seiner „trash-people“-Kunstaktion die Proteste gegen die Atomkraft und Gorleben als Atommülllager unterstützte. Auf jeden Fall müsse ein Mauerrest im Wald stehen bleiben, als Mahnmahl für die verkorkste Atommüllpolitik, so die BI.



Eva Nalbach und Valeska Richter

Nachhaltigkeit in der Kultur im Wendland

Portrait Kulturveranstaltungen unter dem Blickwinkel der Nachhaltigkeit anzuschauen und zu gestalten, das haben sich Eva Nalbach und Valeska Richter vorgenommen. Wilma Wallat hat mit ihnen gesprochen.

Wenn Kunst und Kultur nicht freischwebend und „völlig losgelöst“ verstanden werden sollen, dann müssen sie sich gesellschaftlich aktuellen Themen öffnen, wie zum Beispiel der Nachhaltigkeitsforderung. Und bevor Nachhaltigkeit „von oben“, also von den Geldgebern, angeordnet wird, wollen Eva Nalbach und Valeska Richter lieber selbst aktiv werden und gemeinsam mit Kooperationspartnern untersuchen, wie Kulturinstitutionen und -veranstaltungen klimaneutral (neu) ausgerichtet werden können. Mit ihren Konzept „StandArts“ vertreten die beiden Frauen bislang die wendländischen Kulturinstitutionen „Kulturverein Platenlaase“ und „Ein Ding der Möglichkeit“ in Salderaten. Schwerpunkte des Konzeptes sind Mobilität (wie reisen Besucher:innen an?), Energie (wofür wird Strom verbraucht?), Gastronomie (wo werden die für das Catering verwendeten Produkte hergestellt, wie kommen sie zum Einsatzort?), Technik/Bühnenbild

(welche Geräte werden benutzt, mit welchem Energieaufwand? Hat jedes Haus eine eigene Technikausstattung?) und Vernetzung (wie können Ressourcen gemeinsam nutzbar gemacht werden?). Kultur im ländlichen Raum basiert vor allem auf dem Engagement von Ehrenamtlichen, ihre Beteiligung an der Umsetzung eines Nachhaltigkeitskonzeptes ist den beiden Initiatorinnen besonders wichtig.

StandArts will Kultureinrichtungen dafür sensibilisieren, mit vorhandenen Ressourcen sparsamer umzugehen und letztlich klimaneutral zu wirtschaften. Beim im Wendland besonders heiklen Thema Mobilität könnten durch gezielte Besucher:innenbefragungen Fahrgemeinschaften angeregt werden. Stammesbesucher:innen könnten sich durch eine App für gemeinsame Fahrten verabreden. Mittel- und langfristig könnte sich hier auch die Kooperation mit der Mobilitätsagentur und dem Projekt „Clever mo we“ auszahlen: Mit verbessertem und erweitertem Bus-Angebot sowie mit den geplanten Mobilitätsstationen zum Fahrradausleihen. Auch könnte man an den Kulturstätten selbst Leihfahrräder bereithalten. Technik, Geräte und Beleuchtung verbrauchen zwangsläufig Strom, aber auch hier soll gelten: so sparsam wie möglich. Durch den Einsatz von Solaranlagen könnten die Veranstaltungsorte eigenen Strom erzeugen und nutzen! Auch ein Austausch von Technikausstattung und Raumnutzungen untereinander ist denkbar. Ähnliches könnte in der Gastro-

nomie erreicht werden: Die Verwendung regionaler Produkte, der Austausch von Dienstleistungen zwischen den Veranstaltungsorten.

Das große Ziel hat StandArts fest im Blick – die nachhaltige Kultur im Wendland –, starten muss das alles aber mit vielen kleinen Schritten. So ist die Fahrrad-Stempelkarte ein guter Anfang: Wer zu fünf Kulturveranstaltungen per Rad kommt, erhält freien Eintritt für die sechste.

Für diesen wie auch für andere „kleine Schritte“ gibt es bereits Interesse aus der wendländischen Kulturszene. Ein erstes Vernetzungstreffen ist in Vorbereitung. Denn: „Glühbirnen gegen LED-Leuchten auszutauschen, dabei soll es nicht bleiben!“

Für die längerfristige Strategie sollen gemeinsam mit unterschiedlichen Partnern Standards und Messbarkeitskriterien für eine Klimaneutrale, nachhaltige Kulturlandschaft entwickelt, Expertenmeinungen, Best-Practice-Modelle erfragt, Workshops für Beteiligte angeboten werden. Das alles kostet Geld!

Das Projekt StandArts erhält insgesamt 60000 Euro Fördermittel, den Löwenanteil aus dem Bundesverband Soziokultur. Damit wird ein Projektzeitraum bis Ende 2022 finanziert. Bis dahin sind Förderberatungen für Kultureinrichtungen, eine Ideensammlung zur Umsetzung der Standards, eine Datenbank aller beteiligten Einrichtungen geplant sowie eine Abschlussparty, mit der Vorstellung konkreter Umsetzungspläne der beiden Initiativeinrichtungen. Interessenten können sich melden unter: www.standArts.org

Fahrrad-Stempelkarte

Besuche 5 Kulturveranstaltungen im Wendland mit dem Fahrrad und bekomme den Eintritt der 6. Vorstellung geschenkt.

Veranstaltungsorte:
Kulturverein Platenlaase
Ein Ding der Möglichkeit
quartier 4

StandArts
für eine nachhaltige
Kulturlandschaft im Wendland



1986 wurde der Antrag zum Bau und Betrieb einer Pilot-Konditionierungsanlage (PKA) für radioaktive Reststoffe am Standort Gorleben gestellt.
1990 - 1. Teilerrichtungsgenehmigung (TEG),
1994 - 2. TEG, per Weisung von Bundesumweltminister Töpfer. Dazwischen und danach immer wieder Aktionen. Hier hat die Bäuerliche Notgemeinschaft mal einen Anschauungs-Schornstein „gebastelt“.

Bürgerinitiative Umweltschutz
Lüchow-Dannenberg e. V.
Rosenstraße 20 • 29439 Lüchow
Mo, Mi, Fr: 9 – 16 Uhr • Di, Do: 9 – 18 Uhr
☎ 05841 - 4684
buero@bi-luechow-dannenberg.de
www.bi-luechow-dannenberg.de



Liebe BI, jetzt will ich auch was tun!

Name Vorname
Straße Hausnummer
PLZ, Ort E-Mail
Datum Unterschrift

☐ Ich möchte eins von über 1000 Mitgliedern der BI werden. Bitte schicken Sie den Aufnahmeantrag per Post oder E-Mail (Jahresbeitrag Standard: € 50; Familie: € 60; reduziert: € 15).

☐ Ich möchte die „Gorleben Rundschau“ künftig regelmäßig (4 x im Jahr) und weiteres Infomaterial unregelmäßig zugeschickt bekommen (jew. kostenlos).

☐ Ich unterstütze Sie mit einer (regelmäßigen) Spende. Bitte buchen Sie von meinem Konto ab:

☐ einmalig EUR

☐ monatlich EUR

Kontoinhaber Name der Bank

BIC IBAN

☐ Ich möchte Ihnen meine Spende lieber per Überweisung oder Dauerauftrag zukommen lassen:

BI Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V. • Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg

IBAN: DE24 2585 0110 0044 0607 21 • BIC: NOLADE21UEL

Bitte das ausgefüllte Formular per Post an die oben genannte Adresse schicken.